



HESSISCHER LANDTAG

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Faire Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter – bei Amazon und anderswo

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die vom Hessischen Rundfunk in seiner Sendung „Ausgeliefert! Leiharbeiter bei Amazon“ dokumentierten Arbeitsbedingungen der Leiharbeiterinnen und –arbeitnehmer am Amazon-Standort Bad Hersfeld völlig inakzeptabel und mit den Erfordernissen eines modernen Arbeits- und Gesundheitsschutzes nicht vereinbar sind. Er fordert das Unternehmen auf, diese Missstände umgehend abzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere auch während des Weihnachtsgeschäfts sichere, gesundheitsverträgliche und faire Arbeitsbedingungen herrschen.
2. Der Landtag kritisiert, dass die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren Heimatländern als Amazon-Angestellte angeworben und nach ihrer Ankunft als Leiharbeiterinnen und –arbeiter mit einem deutlich niedrigeren Stundenlohn beschäftigt werden, als böswillige Täuschung und Ausnutzung persönlicher Notlagen. Er begrüßt daher die Sonderprüfung der Zeitarbeitsfirma Trenkwalder durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und fordert die Amazon Logistik GmbH auf, ebenfalls eine gründliche Prüfung vorzunehmen.
3. Der Landtag bekräftigt den Willen, Hessen als Einwanderungsland weiter zu stärken und Einwanderinnen und Einwanderer willkommen zu heißen. Den Fachkräftebedarf zu sichern ist eine der entscheidenden Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dazu gehört unabdingbar die Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Er teilt die Besorgnis des Geschäftsführers der hessischen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Frank Martin, dass solche Beispiele diese Aufgabe weiter erschweren.
4. Der Landtag kritisiert das in der Dokumentation geschilderte Vorgehen der Sicherheitsfirma H.E.S.S. in den Wohnräumen der beschäftigten Leiharbeiterinnen und –arbeitnehmer und den offensichtlich rechtsextremistischen Hintergrund einiger Mitarbeiter von H.E.S.S. sowie deren Drangsalierung des Filmteams des Hessischen Rundfunks. Er begrüßt deshalb, dass Amazon sich inzwischen sowohl von diesem Sicherheitsdienstleister als auch von der für Unterbringung und Transport der Arbeiterinnen und Arbeiter verantwortlichen Firma getrennt hat.

5. Der Landtag bedauert, dass es in Hessen zu den geschilderten Lebens- und Arbeitsbedingungen gekommen ist und muss zur Kenntnis nehmen, dass darunter auch die Attraktivität unseres Bundeslandes als Arbeits- und Lebensort und damit die Suche nach ausländischen Fachkräften leidet. Er bedauert auch, dass die Landesregierung sich für nichtzuständig erklärt und sich vier Tage nach der Ausstrahlung lediglich dazu bekannt hat, sie werde die weitere Entwicklung verfolgen.
6. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die Entwicklung Nordhessens als Logistikstandort offensichtlich ohne Blick auf die Arbeitsbedingungen der in der Branche Beschäftigten vorangetrieben hat. Wenn Nordhessen zu einem führenden Standort für Logistik und Mobilität werden soll, müssen damit auch faire Arbeits- und Lebensbedingungen einhergehen.
7. Der Landtag erwartet von der Bundesagentur für Arbeit, ihrer Aufsichtspflicht gegenüber Leiharbeitsfirmen nachzukommen und dafür zu sorgen, dass Leiharbeiterinnen und –arbeiter über die realen Vertragsbedingungen und ihre Rechte und Pflichten informiert werden.
8. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, umgehend einen Runden Tisch einzuberufen, an dem neben den anwerbenden Firmen auch die Arbeitnehmervertreterinnen und –vertreter sowie die Bundesagentur für Arbeit beteiligt werden. Dort soll insbesondere geklärt werden, unter welchen Bedingungen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Amazon derzeit arbeiten, welche Bedingungen für die Leiharbeiter herrschen, unter welchen Bedingungen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Deutschland gekommen sind und wie ihre Lebensbedingungen hier aussehen und wie die in der ARD-Dokumentation geschilderten Missstände auch für die kommenden Saisongeschäfte ausgeschlossen werden können.

Wiesbaden, den 19.2.13

Der Fraktionsvorsitzende

Tarek Al-Wazir